

Fertigbauforum in Garmisch	Seite 2
Baugenehmigungen im September	Seite 3
Besucherzahlen im Monat November.....	Seite 5
Lkw-Maut kommt am 31. August 2003.....	Seite 6
FDP sicherte Unterstützung für Beibehalt der Eigenheimzulage zu	Seite 6
Union in NRW fordert mehr Mittel für das Eigenheim	Seite 8
Inanspruchnahme der Eigenheimzulage in den Jahren 1996 bis 2000	Seite 8
Frankreich: Reduzierte Mehrwertsteuer bei Wohnungs-Renovierung stärkt Bauhandwerk	Seite 11
Wirtschaft der EU-Beitrittskandidaten wächst	Seite 13
Tag des Deutschen Fertigbaus 2003	Seite 13
BDF-Akademie 2003	Seite 13

Fertigbauforum in Garmisch

Auf größtes Interesse ist das erste Fertigbau-Forum im Rahmen der Internationalen Holzbautage Anfang Dezember in Garmisch gestoßen. Fast 240 Interessierte aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Italien und Skandinavien hatten sich zu der Vortragsreihe rund um das Thema „Internationale Marktentwicklung im Holzfertigbau“ angemeldet und damit den geplanten Rahmen von maximal 200 Gästen deutlich gesprengt. Dass die Veranstaltung zudem noch dank unseres Sponsoringpartners, der Holzwerke Wimmer, in außergewöhnlichem Ambiente und besonderem Rahmenprogramm auf der sonnigen, tief verschneiten Zugspitze stattfand, war dabei schon bewusst nicht besonders hervorgehoben worden.



Einen Überblick über den Holzfertigbaumarkt gab zunächst Franz Solar vom österreichischen Fertighausverband, bevor Hugo Karre vom Unternehmen Holz Thurner die Chancen von Holzwerkstoffen als Vorboten der Holzhausbauindustrie auf dem italienischen Markt erläuterte.

Ein dezidierten Bericht über die Perspektiven und Chancen für Holzhausbau in England und dem Vereinigten Königreich gab im Anschluss Erkki Välikangas, von Stora Enso Timber aus London. Wissenschaftlich fundiert und äußerst lehrreichen waren auch die Ausführungen von Prof. Dr., Bernhard Schwarz und Thomas van Raamsdonk von der Fachhochschule Rosenheim über den japanischen Fertighausmarkt.

Einblick in die erfolgreichen Verkaufsstrategien der skandinavischen Holzfertighaushersteller auf dem deutschsprachigen Markt gab außerdem Juha Kohonen von Honka Haus. Den Abschluss des sehr informativen Forums bildete schließlich Josef Haas vom Fertighaushersteller Johann Wolf, der den Blick auf

die osteuropäischen Länder lenkte und vor allem auf die Erschließung von Marktchancen durch Kooperationen plädierte.

Der Tagungsband mit den Vorträgen der einzelnen Redner kann in der Geschäftsstelle angefordert werden.



Baugenehmigungen im September

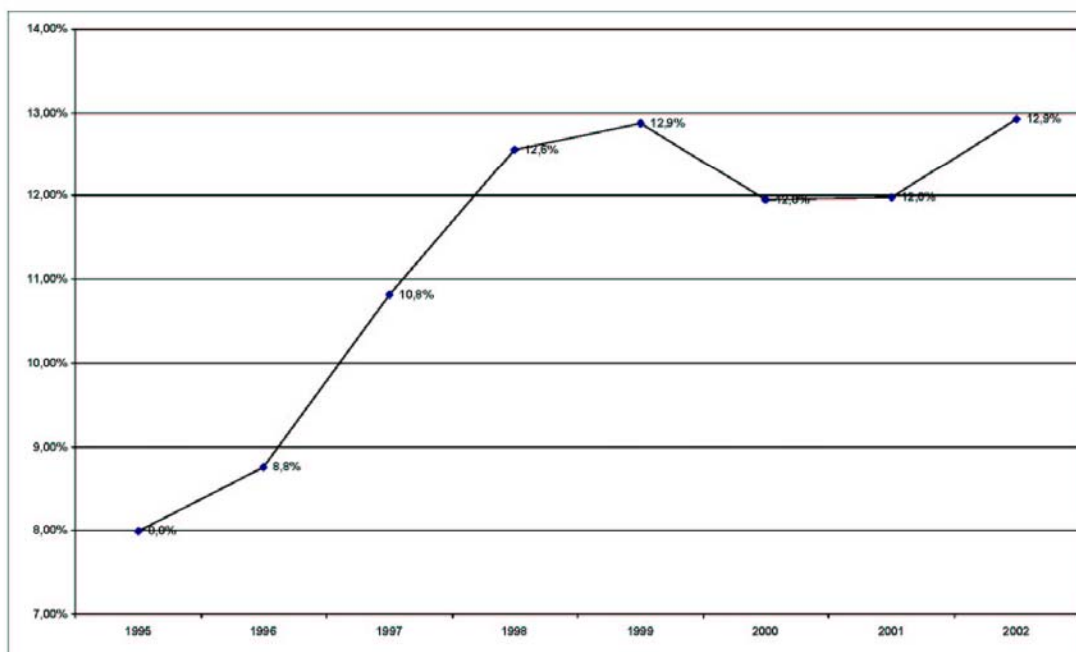
Keinen guten Start in den Herbst signalisierten die Baugenehmigungszahlen im Monat September. Kurz vor der Bundestagswahl ging die Zahl der genehmigten Eigenheime in Deutschland erneut deutlich zurück. Erstmals in diesem Jahr war der Rückgang im Fertigbaubereich stärker als im gesamten Eigenheimsegment.

Insgesamt wurden im September 11.421 Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt. Dies entspricht einem Rückgang von 5,2 Prozent gegenüber 2001. In Fertigbauweise betrug die Zahl der genehmigten Häuser 1.586, dies ist ein Minus von 8,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Anteil unserer Branche sank in diesem Monat um 3,7 Prozent auf 13,9 Prozent.

Für das erste dreiviertel Jahr ist die Statistik für den Fertigungsbau dennoch deutlich besser als die Gesamtentwicklung. Während in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 113.392 Eigenheime genehmigt wurden (- 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum), waren es in Fertigbauweisen 15.529 Häuser. Der Rückgang betrug damit nur 0,4 Prozent. Der Fertigungsbau konnte entsprechend seinen Anteil weiter ausbauen. Bis einschließlich September verbesserte die Branche ihre Marktposition um 5,6 Prozent gegenüber 2001 auf 13,7 Prozent.

Ausschlaggebend für diese noch relativ günstige Entwicklung sind die Baugenehmigungszahlen aus den alten Bundesländern. Hier hat der Fertigungsbau deutlich Boden gut gemacht.

Entwicklung des Fertigungsbauanteils im früheren Bundesgebiet bei Ein- und Zweifamilienhäusern



Quelle: Statistische Landesämter, Bundesverband Deutscher Fertigungsbau e. V.

Dienstag, 17. Dezember 2002

Auch das schwache Septemberergebnis konnte der Gesamtstatistik keinen Abbruch tun. Im September wurden in den alten Bundesländern 9.522 Eigenheim genehmigt, dies sind 3,5 Prozent weniger als 2001. Die Zahl der genehmigten Fertighäuser sank im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,4 Prozent auf 1.237. Damit rutschte auch der Fertigungsbauanteil um zwei Prozent auf 13 Prozent.

Insgesamt betrug die Zahl der genehmigten Ein- und Zweifamilienhäuser in den ersten neun Monaten des Jahres in den alten Bundesländern 94.477. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum betrug 4,4 Prozent. Die Zahl der genehmigten Fertighäuser kletterte in dieser Zeit um genau 4,4 Prozent auf 12.222. Insgesamt konnte der Fertigbau seine Marktposition deutlich verbessern. Im Westen Deutschlands kletterte der Fertigbauanteil um 9,3 Prozent gegenüber 2001 auf 12,9 Prozent.

In den neuen Bundesländern ist die Entwicklung des Eigenheimmarktes nach wie vor wenig erfreulich. Im September wurden 1.899 Eigenheime genehmigt. Gegenüber September 2001 sind dies 12,6 Prozent weniger. In Fertigbauweise wurden für 349 Häuser Baugenehmigungen erteilt, der Rückgang in diesem Segment betrug 18,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Fertigbauanteil sank im September um 6,6 Prozent um 18,4 Prozent.

In den ersten neun Monaten des Jahres verlor der Fertigbau im Osten Deutschland weitere Marktanteile. Im ersten dreiviertel Jahr sank der Anteil um 3,9 Prozent auf 17,5 Prozent bei insgesamt sehr schwacher Eigenheimkonjunktur. Insgesamt ging die Zahl der genehmigten Ein- und Zweifamilienhäuser um 11,4 Prozent auf 18.915 zurück. Die Baugenehmigungen für in Fertigbauweise errichtete Häuser sank um 14,8 Prozent auf 3.307.

Die genaue Entwicklung in den einzelnen Bundesländern ist als Anlage 1 beigefügt.

Besucherzahlen im Monat November

Eine deutliche Steigerung der Besucherzahlen verzeichneten die Musterhausausstellungen im Monat November. Gegenüber dem Vorjahresmonat kamen mit insgesamt 35.143 Gästen 15,5 Prozent mehr Bauinteressierte in die großen Ausstellungen unserer Branche als im November 2001. Mehr als verdoppeln konnte die Ausstellung in Sehnde ihre Besucherzahlen (+ 104 Prozent). Steigerungen im zweistelligen Bereich verzeichneten die Ausstellungen in Fellbach (+ 20,1 Prozent), Poing (+ 14,5 Prozent) und Bad Vilbel (+ 14 Prozent). In Wuppertal kamen 5,7 Prozent mehr Besucher als im letzten Jahr. Stark war dagegen der Rückgang in Glesien. Gegenüber dem Vorjahresmonat kamen 40,6 Prozent weniger Interessierte in die Ausstellung. In Königs Wusterhausen wurde ein Minus von 15,1 Prozent verzeichnet.

Die Gesamtbilanz für die elf Monate des letzten Jahres ist dennoch negativ. Insgesamt kamen 6,2 Prozent weniger Besucher in die Ausstellungen. Bis einschließlich November waren es 381.808

Bauinteressierte. Zum Vergleich: Im November 2001 waren es noch 406.962. Die Entwicklung im Einzelnen: Rückgänge im einstelligen Bereich verzeichneten die Ausstellungen in Wuppertal (- 1,1 Prozent), Poing (- 4,2 Prozent), Bad Vilbel (- 5,6 Prozent), Fellbach (- 5,8 Prozent) und Sehnde (- 7,2 Prozent). Schlusslichter der Statistik sind Glesien (- 22,4 Prozent) und Königs Wusterhausen mit einem Minus von 23,1 Prozent.

Die detaillierte Besucherstatistik ist als Anlage 2 beigefügt.

Lkw-Maut kommt am 31. August 2003

Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe hat den 31. August 2003 als Starttermin der Lkw-Maut bestätigt und der EU-Kommission mitgeteilt, dass ab diesem Zeitpunkt keine zeitbezogene Autobahnbenutzungsgebühr mehr erhoben werde, sondern eben die neue entfernungsabhängige Lkw-Maut. Der Mautsatz wird im Durchschnitt 15 Cent pro Kilometer betragen und variiert mit der Zahl der Achsen und dem Schadstoffausstoß der Lkw.

Erste Speditionen haben bereits errechnet, dass sich ihre Kosten im Durchschnitt um 15 Prozent erhöhen werden und diese Kosten an die Kunden weiter geben werden. Für die Holzindustrie sind – egal ob im Speditions- oder Werkverkehr – Kostenerhöhungen zu erwarten. Gerade im Werkverkehr wird die Maut wegen des hohen Anteils an Leerfahrten besonders durchschlagen.

FDP sicherte Unterstützung für Beibehalt der Eigenheimzulage zu

Die Generalsekretärin der FDP, Cornelia Pieper, hat in diesen Tagen in dem folgenden Schreiben an den BDF-Präsidenten Hans Weber die Unterstützung ihrer Partei zugesichert, damit die Eigenheimzulage in ihrer heutigen Form erhalten bleibt. Sowohl in Bundestag und Bundesrat würden die Freien Demokraten eine Veränderung in diesem Zulagenbereich nicht mittragen.

Cornelia Pieper, MdB

Generalsekretärin der Freien Demokratischen Partei

Bundesverband Deutscher Fertigbau e.V.
Präsident
Herrn Hans Weber
Flutgraben 2

53609 Bad Honnef

Berlin, 3. Dezember 2002

skw

Sehr geehrter Herr Weber,

mit Freude habe ich die Entstehung der Initiative "Eigenheimzulage" wahrgenommen.

Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung hat verheerende Folgen für die Stimmung in unserem Land. Es ist unübersehbar, dass die psychologische Wirkung von immer höheren Steuern und Abgaben und die kurzatmigen Versuche, Lücken im Bundeshaushalt durch unkoordinierte Einsparmaßnahmen zu schließen, der Konjunktur in Deutschland weiteren Schaden zufügen. Die Tatsache, dass wir in Deutschland in diesem Jahr voraussichtlich weniger als 0,5 % Wachstum des Bruttoinlandprodukts haben werden, unterstreicht die tiefe Verunsicherung, die Unternehmer und Beschäftigte in Deutschland ergriffen hat.

Ihr Anliegen, die Eigenheimzulage in der bisherigen Form zu erhalten, verdient die volle Unterstützung der FDP. Die Notwendigkeit, die private Altersvorsorge auszubauen, ist durch die erneute Anhebung des Rentenversicherungsbeitrages und der Beitragsbemessungsgrenze in aller Deutlichkeit unterstrichen worden. Ein wesentliches Element der privaten Altersvorsorge ist der Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum.

Für viele Haushalte in Deutschland ist die bisherige Eigenheimzulage die notwendige Voraussetzung, diesen Schritt zu wagen. Die Tatsache, dass die Bundesregierung auf der einen Seite private Vorsorge fordert, auf der anderen Seite mit der Kürzung der Eigenheimzulage diese Form der privaten Altersvorsorge aber unattraktiv macht, ist bezeichnend für das derzeitige Chaos.

Ich kann Ihnen versichern, dass die FDP sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat der Veränderung im Eigenheimzulagenbereich nicht zustimmen wird. Sollten Sie darüber hinaus Möglichkeiten sehen, wie die FDP bei der Durchsetzung dieses politischen Ziels behilflich sein kann, so lassen Sie es mich bitte wissen.

Mit freundlichen Grüßen



Union in NRW fordert mehr Mittel für das Eigenheim

Angesichts der problematischen Lage der Bauwirtschaft und vor dem Hintergrund der bevorstehenden Kürzung der Eigenheimzulage fordert die CDU in NRW eine Umstrukturierung der Landesfördermittel.

Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus müsse deutlich reduziert und statt dessen der Bau von Eigenheimen oder der Erwerb einer Eigentumswohnung für Familien mit Kindern besonders in Großstädten stärker gefördert werden. Nach den Vorstellungen der Opposition sollten bis zum Jahr 2007 für das Eigenheim-Programm jährlich etwa 200 Mio. € in Form von zinsgünstigen Zuschüssen bereitgestellt werden.

Inanspruchnahme der Eigenheimzulage in den Jahren 1996 bis 2000

Die dezidierte und ausführliche Untersuchung, wie die Eigenheimzulage in den Jahren zwischen 1996 und 2000 gewirkt hat, im Auftrag der Landesbauministerkonferenz liegt inzwischen vor. Wir hatten eine Zusammenfassung der Ergebnisse bereits vor einigen Wochen im BDF aktuell kurz vorgestellt. Auch wenn die Studie, die klar zu dem Ergebnis kommt, dass die Eigenheimzulage ein richtiges und wichtiges Förderinstrument ist, politisch so bewusst schon zu den Akten gelegt wurde, möchten wir einige Einzelergebnisse der Gesamtuntersuchung herausgreifen, die für das ein oder andere Unternehmen interessant sein könnten.

Zunächst: Selbst genutztes Wohneigentum, dies ist das Fazit der Studie, wird bundesweit stärker im Bestand als in Neubauimmobilien gebildet. So wurde die Hälfte aller Förderanträge zur Eigenheimzulage für den Bestandserwerb, und 44 Prozent für Neubauten gestellt. Sechs Prozent entfallen auf Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen. Insgesamt hat die Eigenheimzulage in dem untersuchten Zeitraum klar zu einer deutlichen Belebung der Wohneigentumsbildung beigetragen.

Interessant ist, dass in den Jahren 1996 bis 2000 eine Entwicklung einsetzte, die schließlich zu einem überproportionalen Rückgang des Bestandserwerbs in den alten Ländern und zu einem **verstärkten Interesse an Neubauten im Westen Deutschlands** geführt hat. Die Arbeitsgruppe „Wirkungsanalyse Eigenheimzulage“ kommt außerdem zu dem Schluss, dass gerade auch die **Förderpolitik der Länder und Gemeinden eine wichtige Rolle bei der Wohneigentumsbildung spielt.**

Leider sind detaillierte Wirkungszusammenhänge nicht untersucht worden.

Inanspruchnahme der Grundförderung in alten und neuen Bundesländern

Der Großteil der Eigenheimförderung (Grundförderung) fließt in Eigentumsmaßnahmen in den alten Ländern (mehr als drei Viertel), in die neuen Bundesländer gingen 22 Prozent der Zusagen. Während im Westen Deutschlands 52 Prozent des ausgeschütteten Geldes für den Erwerb eines Altbaus verwendet wurden, waren es in den neuen Bundesländern lediglich 45 Prozent. Der Neubau machte dagegen in den alten Bundesländern nur 43 Prozent der Eigentumbildung aus, während er erwartungsgemäß in den neuen Bundesländern bei 49 Prozent lag.

Die Analyse gibt damit den Befürwortern der Bestandsförderung und der Gleichstellung von Neubau- und Bestandsförderung wichtige Argumente an die Hand. Sie zeigt aber auch, dass die Neubauförderung im Osten Deutschlands ein deutlich höheres Gewicht hat als in den alten Bundesländern.

Und auch in den alten Bundesländern gibt es durchaus unterschiedliche Entwicklungen: So wird die **Neubauförderung vor allen Dingen in den westlichen Flächenländern wie Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern** in Anspruch genommen.

Berücksichtigt man aber die Kinderkomponente der Eigenheimförderung, bekommt die Neubauförderung ein anderes Gewicht:

Inanspruchnahme der Kinderkomponente

Gerade familienpolitisch hat die Eigenheimzulage Relevanz: Während in Deutschland Familien mit Kindern ein Drittel aller Haushalte stellen, wurden in fast 60 Prozent aller Förderfälle Kinderzulagen ausgezahlt.

Hinzu kommt, dass die Kinderzulage vor allem bei Neubautätigkeit in Anspruch genommen wird (62 Prozent bei Neubautätigkeit, nur 54 Prozent bei Bestandserwerb). Diese Entwicklung ist in den neuen Bundesländern noch stärker ausgeprägt.

Die Auswertung der Daten aus den Jahren 1967 bis 2000 zeigt eindeutig, dass vor allen Dingen Familien mit mehreren Kindern keinen adäquaten Wohnraum im Mietwohnungsbau finden und den Neubau einem Altbau vorziehen.

Interessant ist auch eine Analyse der

Altersstruktur von Eigentumsbildnern,

die die Arbeitsgruppe ebenfalls untersucht hat. Das **Durchschnittsalter der Empfänger der Eigenheimzulage** liegt bei Neubauten immerhin bei **39,3 Jahren**. Insgesamt sind die Bauherren, die Eigenheimzulage in Anspruch nehmen, zum überwiegenden Teil (49 Prozent) zwischen 30 und 40 Jahren. Tendenziell, so zeigt die Studie, bevorzugen sehr junge Haushalte den Erwerb aus dem Bestand. Überraschend ist auch, dass in den neuen Bundesländern Eigentümer deutlich älter sind als im Westen Deutschlands. So beträgt zum Beispiel der Anteil der über 50jährigen, die Eigenheimzulage in Anspruch nehmen, in den neuen Ländern immerhin ein Fünftel, während es in den alten Bundesländern max. ein Sechstel der Bauherren waren. Auffallend ist die Entwicklung in **Berlin**: Dort ist ein großer Teil der Erwerber, die die Förderung in Anspruch nehmen, älter als 40 Jahre.

Einkommenssituation

Eine genaue Analyse der Einkommenssituation von Beziehern der Eigenheimzulage ist aufgrund fehlenden statistischen Materials schwierig. Anhand der vorliegenden Unterlagen kommt die Arbeitsgruppe zu dem Fazit, dass ein Empfänger der Eigenheimzulage im Westen Deutschlands durchschnittlich über ein Haushaltsnettoeinkommen von 6.280 DM verfügt, im Osten Deutschlands beträgt das Haushaltsnettoeinkommen 4.910 DM.

Interessant ist auch, dass die Bauherren, die eine Wohnung im Bestand suchen, im Westen Deutschlands über ein deutlich höheres Einkommen verfügen (7.000 DM und mehr). Wer neu baut, hat dagegen deutlich weniger Geld zur Verfügung (Monatsnettoeinkommen 5.700 DM). Im Osten ist die Situation genau umgekehrt. Der Ersterwerber eines Neubaus verfügt über ein Haushaltsnettoeinkommen von 5.000 DM, bei Bestandserwerb von 4.650 DM.

Ingesamt hat die Eigenheimzulage die Schwelle der Eigentumsbildung deutlich reduziert. Eine Familie mit zwei Kindern kann mit einer Neubau-Förderung bei einer Belastungsquote von 30 Prozent des Jahresnettoeinkommens das selbe Objekt finanzieren, wie ein Haushalt, der ohne Förderung über ein ca. 13.600 € höheres Einkommen verfügt.

Regionale Verteilung der Eigenheimzulage

Die Untersuchung der räumlichen Verteilung der Eigenheimzulage zeigt, dass es hier kein allgemein gültiges Muster gibt,

sondern sehr viele unterschiedliche Faktoren eine Rolle spielen. Bei Interesse könnte man unseren Mitgliedsunternehmen Deutschlandkarten über die unterschiedliche Inanspruchnahme der Fördergelder zur Verfügung stellen.

Am stärksten wird die Förderung im Norden Deutschlands in Anspruch genommen. Dann folgen die Regionen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Teile von Bayern. Am niedrigsten ist die Förderausschüttung in Teilen von NRW, Hessen und dem südlichem Bayern.

Im Westen wurde vor allem eine starke Förderung des Neubaus im ländlichen Raum gemessen. Dagegen war die Gewährung von Eigenheimzulage für Neubauten in den Kernstädten Westdeutschlands nur gering. Dies gilt auch für das Umland in stark besiedelten Regionen wie Rhein-Ruhr und Rhein-Main. Insgesamt wurde – nicht überraschend - festgestellt, dass der Bauherr in den Städten den Bestand vorzieht.

In den neuen Ländern finden daher Kritiker der Eigenheimzulage ihre Theorie bestätigt, dass es zu einem Suburbanisierungsprozess durch die Eigenheimzulage kommt. Vor allem in den Umlandkreisen der größeren Städte wird die Eigenheimzulage überproportional in Anspruch genommen. Dazu gehören zum Beispiel die Speckgürtel um Berlin und Leipzig mit einer hohen Neubautätigkeit.

Letztlich kommt die Arbeitsgruppe allerdings zu dem Ergebnis, dass sich private Haushalte unter Berücksichtigung einer ganzen Palette von Kriterien für ihren Standort entscheiden. Ausschlaggebend ist natürlich das **Bodenpreisniveau**. Je höher der Bodenpreis desto höher ist die Inanspruchnahme der Eigenheimförderung. Das heißt auch: Die Eigenheimzulage ermöglicht es vielen Haushalten erst, näher an einen Stadtkern zu ziehen als sie dies ohne Förderung könnten. Dieses Ergebnis würde die Argumente der Grünen widerlegen, die ja gerade in den Ballungszentren von einer Zersiedlung der Städte durch die Eigenheimförderung reden.

Die gesamte Studie samt tabellarischem Anhang kann aus dem Internet heruntergeladen werden unter www.bbr.bund.de/aktuell.

Frankreich: Reduzierte Mehrwertsteuer bei Wohnungs-Renovierung stärkt Bauhandwerk

Falls jemand noch einen Beweis dafür braucht, dass man durch niedrigere Steuern die Wirtschaft ankurbeln kann, sollte er nach

Frankreich schauen. Seit dem 15. September 1999 wurde im Nachbarland ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz für bestimmte arbeitsintensive Dienstleistungen eingeführt. So sank die Umsatzsteuer für die Renovierung und Reparatur von Privathäusern von vormals 20,6 Prozent auf 5,5 Prozent. Möglich war dies durch eine EU-Richtlinie, die es den Mitgliedsländern ermöglicht, für drei Jahre probeweise einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für sogenannte arbeitsintensive Dienstleistungen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Arbeitslosigkeit zuzulassen. In dem Katalog dieser Dienstleistungen befindet sich unter anderem auch die Renovierung/Reparatur von Privathäusern. Hiervon profitiert nicht nur das Handwerk, sondern auch die Produzenten von Baumaterialien, da die bei der Renovierung eingesetzten Teile ebenfalls steuerbegünstigt sind. Der reduzierte USt.-Satz gilt für Arbeitsleistungen, Rohstoffe und die notwendigen Ausstattungen. Konkret begünstigt sind Ausbesserungsarbeiten (Wärme-, Schallisolierung), Umbauarbeiten (Umbau Speicher, Kinderzimmer), große Instandhaltungsarbeiten (Fassadenerneuerungen, Dach), kleine Instandhaltungsarbeiten (Austausch Böden, Anstreichen, etc).

Jetzt liegt der erste offizielle Erfahrungsbericht der französischen Regierung vor. Zwei Jahre nach Einführung der Maßnahme werden die Resultate durchweg positiv bewertet: Die wirtschaftliche Situation der Branche hat sich deutlich gebessert, es sind neue Arbeitsplätze entstanden und die Steuersenkungen wurden nahezu vollständig weitergegeben. Die Umsatzsteigerung wird auf 1 bis 1,5 Mrd. Euro beziffert, die Zahl der zusätzlichen Arbeitsplätze mit 43.000 angegeben. Ein weiterer positiver Effekt der Maßnahme betrifft die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Die französische Regierung schätzt, dass ca. ein Drittel des Mehrumsatzes auf eine Verschiebung der Dienstleistungen aus dem Bereich der Schwarzarbeit in den legalen Bereich erfolgt ist.

Alles in allem also eine positive Bilanz. In den nächsten Wochen werden weitere Erfahrungsberichte aus anderen beteiligten Ländern vorgelegt. Leider nur nicht aus Deutschland, denn hierzulande wurde die Chance nicht genutzt. Die Bundesregierung war in mangelnder Weitsicht vom arbeitsmarktpolitischen Erfolg nicht überzeugt und befürchtete zudem hohe Steuerausfälle. Chance vertan. Doch es gibt eine zweite. Denn nach der Verlängerung der Testphase bis Ende 2003 wird noch einmal Bilanz gezogen, um dann bei positiver Bewertung die Möglichkeit der Mehrwertsteuerreduzierung in ganz Europa dauerhaft zu ermöglichen. Also, liebe Bundesregierung, es ist wie im richtigen Leben: Mehr als zwei Chancen gibt es nicht.

Wirtschaft der EU-Beitrittskandidaten wächst

Die EU-Kommission hat kürzlich ihre Herbstprognose für die Wirtschaftsentwicklung in den dreizehn EU-Kandidatenländern für den Zeitraum 2002 bis 2004 vorgelegt. Danach ist in diesen Regionen trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen mit einem solidem Wachstum zu rechnen, insbesondere aufgrund einer dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage. Die Kommission rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,6 Prozent in 2003 sowie mit 4,2 Prozent in 2004.

Bei dem Blick auf die einzelnen Länder fällt auf, dass für Polen die schwächste Entwicklung erwartet wird. Die ausbleibende Binnennachfrage und ein unkoordinierter Policy-Mix habe die Wirtschaft an den Rand der Stagnation gebracht. Für 2004 rechnet die Kommission allerdings wieder mit dynamischem Wachstum in Höhe von vier Prozent. Ganz anders die Situation in Lettland, das mit einem durchschnittlichen Wachstum von über 5,5 Prozent an der Spitze liegt. Für Estland, Ungarn, Litauen und die Slowakei werden durchschnittliche Wachstumsraten von über vier Prozent angenommen. Tschechien, Slowenien, Malta und Zypern sollen in 2004 ein Wachstum zwischen 3,6 Prozent und 4,1 Prozent erreichen.

Nähere Einzelheiten der Prognose schicken wir Ihnen gerne zu.

Das komplette englischsprachige Dokument finden Sie unter http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/enlargement_papers/2002/elp12en.pdf

Tag des Deutschen Fertigbaus 2003

Die Vorbereitungen für den zweiten Tag des Deutschen Fertigbaus am 17. und 18. Mai 2003 laufen. Damit wir gerade auch die Fachzeitschriften, die monatlich bzw. zweimonatlich erscheinen, rechtzeitig und ausführlich informieren können und dabei auch gezielt auf die einzelnen Aktionen der Mitgliedsunternehmen hinweisen können, benötigen wir Ihre Unterstützung. Bitte teilen Sie uns auf dem beiliegenden Fragebogen mit, ob und mit welchen Aktionen sich Ihr Unternehmen am Tag des Deutschen Fertigbaus 2003 beteiligen wird.

BDF-Akademie 2003

Die BDF-Akademie startet im neuen Jahr mit dem Bauleiter-Stammtisch am 8. Januar. Traditionell stehen an diesem Tag aktuelle Probleme auf den Baustellen im Mittelpunkt. Dipl.-Ing. Ernst Köhnke und Rechtsanwältin Birgit Appenrodt diskutieren konkrete Fälle aus der Praxis und bieten Lösungsansätze. Wer sich noch anmelden möchte, findet beiliegend das entsprechende Formular (Anlage 4).

Das Thema „Regenerative Energien“ steht im Mittelpunkt der BDF-Akademie am 19. und 20. Februar. Markus Kurdziel von der Deutschen Energie-Agentur wendet sich mit dem Seminar an Ingenieure, Planer sowie Mitarbeiter aus Technik und Vertrieb. Das Anmeldeformular für diese Veranstaltung liegt ebenfalls bei (Anlage 5).